

der 17. öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 01.03.2021

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit	
TOP 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung	
TOP 5	Ausbau Leipziger Straße zwischen Töpferdamm und Ende Sanierungsgebiet und Ersatzneubau Stützwand Hohe Straße einschließlich Straße	031/2021
TOP 6	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2021ff.	027/2021
TOP 7	Grundsatzbeschluss B-Plan Nr. 3 Burgwerben	029/2021
TOP 8	Investprogramm Infrastruktur 2021	033/2021
TOP 9	Beantwortung von Anfragen	
TOP 10	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1	Mitteilungen und Anfragen
TOP 2	Schließung der Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Frau Schlegel, stellvertretende Ausschussvorsitzende, eröffnet die Sitzung. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es sind 14 Stadträte und 4 sachkundige Einwohner anwesend. Damit ist der Stadtentwicklungsausschuss beschlussfähig.

Frau Schlegel informiert, dass der TOP 7 (Ausbau Leipziger Straße...) zeitlich vor TOP 5 (Haushaltssatzung) besprochen wird. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Frau Schlegel weist darauf hin, dass in Mandatos zu den aktuellen Sitzungsunterlagen eine falsche Niederschrift angehängt ist. Unter der letzten Sitzung vom 30.11.2020 ist die korrekte Niederschrift sichtbar.

Die Niederschrift der Sitzung vom 30.11.2020 wird mit 11 Stimmen der Stadträte und 3 Stimmen der sachkundigen Einwohner bestätigt.

5. Ausbau Leipziger Straße zwischen Töpferdamm und Ende Sanierungsgebiet und Ersatzneubau Stützwand Hohe Straße einschließlich Straße

Herr Ehrlich vom Planungsbüro stellt anhand einer Präsentation alle 3 Varianten ausführlich vor. Die Ausgangslage stellt sich wie folgt dar:

- Busverkehr stadtein- und -auswärts erfordert eine bestimmte Straßenbreite für den Begegnungsverkehr
- bebaute und unbebaute Flächen
- zwei barrierefreie Bushaltestellen
- Stützmauer und Treppenanlage

Die favorisierte Variante 3 beinhaltet die bestmögliche Verbindung aller Komponenten zu einem attraktiven städtebaulichen Projekt einschließlich sicherer Geh- und Radwege.

Herr Stehr äußert seine Bedenken hinsichtlich der Entfernung der beiden Bushaltestellen zum Seniorenheim. Das Radwegekonzept ist für ihn in allen 3 Varianten nicht zufriedenstellend. Er kritisiert die Kombination von Gehweg und Radweg. Herr Stehr strebt vor Entscheidung über die Varianten eine Beratung in der AG Rad in der Sitzung Ende März an.

Die in der Legende angegebenen Bäume sind in den Zeichnungen nicht abgebildet. Er beklagt den geplanten Wegfall der wilden Parkplätze stadteinwärts auf der linken Seite und fragt nach dem Verbleib des Parkplatzes neben dem ehemaligen Gasthaus „Saalestrand“ (derzeit Materiallager für Innenstadtbaustellen).

Herr Ehrlich teilt mit, dass die stadteinwärts links gelegenen Wildparkplätze Unfallschwerpunkte darstellen. Auch wenn es sich um Brachflächen handelt, so entstehen doch trotzdem Kosten zur Pflege und Sicherung.

Frau Bandrock versichert den Erhalt des Parkplatzes neben dem „Saalestrand.“

Zu den verlegten Bushaltestellen gibt Herr Ehrlich die Auskunft, dass diese um 20 Meter verschoben werden und damit nicht mehr vor den Wohnräumen angelegt sind.

Die Querungsstellen müssen den Bushaltestellen angepasst werden.

Herr Ehrlich stellt klar, dass die heutige Abstimmung über die Varianten Grundlage für die weitere Planung und nicht die endgültige Durchführung ist. Keine der Varianten ist detailgetreu beispielsweise zur Begrünung aufgestellt, da dies erst in der tatsächlichen Planung erfolgt.

Herr Bischoff äußert sich zu den im Bauabschnitt in kurzen Abständen vorhandenen Treppenaufgängen, die nicht stark frequentiert werden. Ein barrierefreier Umbau ist bei keinem der Treppenaufgänge möglich.

Herr Papke bezieht sich auf die Aussage von Herrn Stehr hinsichtlich der vom Seniorenheim zu weit entfernten barrierefreien Bushaltestellen. Es sollte die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, Teile des Grundstücks des Seniorenheimes abzukaufen, um die Haltestellen näher am Heim bauen zu können.

Frau Scheunpflug bedauert, dass keine Beteiligung der beiden Beiräte (Senioren- und Behindertenbeirat) erfolgt ist.

Herr Arning teilt mit, dass im Jahr 2020 umfangreiche StVO-Änderungen in Kraft getreten sind. Die Variante 3 enthält die optimalste Lösung für Radfahrer unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben. Er bietet der AG Rad an, in der nächsten Sitzung über die aktuellen StVO-Änderungen zu informieren.

Frau Schlegel stellt fest, dass in Variante 3 die Radwegbreite nach der Bushaltestelle von 3 Metern auf 2,25 Meter schrumpft und hat Bedenken, dass die Radfahrer hier direkt auf die Straße wechseln müssen.

Sie bittet im Zusammenhang mit der Baumaßnahme um Prüfung zur Verlegung der Flixbus-Haltestelle. Diese bietet derzeit keine Unterstellmöglichkeit für die Reisenden und sollte dort errichtet werden, wo Sitz- und Unterstellmöglichkeiten angeboten werden können.

Herr Bischoff informiert über die Pläne, diese Haltestelle in der Straße am Güterbahnhof aufzubauen, da hier eine zentrale Anbindung an den Bahnhof und Busbahnhof möglich ist.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels den Beschluss, die im Sachstandsbericht beschriebene Variante 3 als Entwurfsgrundlage für den Ausbau der Leipziger Straße im Bereich Töpferdamm bis Ende Stadtsanierungsgebiet sowie den Ersatzneubau Stützwand Hohe Straße einschließlich Straße umzusetzen.

Abstimmung:

Stadträte:	dafür: 11	dagegen: 1	Enthaltung: 2
Sachkundige Einwohner:	dafür: 3	dagegen: 0	Enthaltung: 1

6. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2021ff.

Herr Schicke erläutert anhand der vorliegenden Unterlagen die aktuelle Haushaltssituation. Für Steigerungen in den Aufwendungen sind höhere Personalkosten und höhere Bewirtschaftungskosten verantwortlich. Die erhöhte CO₂-Umlage wird an Verbraucher weitergegeben. Die höheren Erträge aus Gewerbesteuern werden in den Folgejahren als Berechnungsparameter für den Finanzausgleich und als Grundlage für die Kreismulage angesetzt. Es ist deshalb wichtig, Rücklagen zu bilden, um die Forderungen bedienen zu können.

Herr Klitzschmüller fragt, warum für einen Medienraum der Bibliothek 150 TE angesetzt sind, obwohl der Stadtratsbeschluss SR 140-13/2020 vorsieht, ein Quartier um das Novalishaus zu planen und die Bibliothek dort einzubeziehen.

Herr Schicke antwortet darauf, dass der Ansatz für das Jahr 2020 so geplant war, aber aufgrund des Stadtratsbeschlusses nicht umgesetzt wird. Die rot unterlegten Zahlen sind nur informativ eingetragen, da diese mal eingeplant waren.

Herr Risch erläutert zum Thema Stadtarchiv, dass eine HTWK-Untersuchung beauftragt ist. Es ist zu klären, wie mit den bisher aufgelaufenen Planungskosten für das Stadtarchiv in Höhe von ca. 500.000 Euro umzugehen ist. Die zweckgebundenen Mittel in Höhe von 3,8 Mio. Euro sind entfallen. Ergebnisse der Untersuchung werden im März/April 2021 erwartet.

Zum Thema Sanierung Grundschule Langendorf teilt Herr Risch mit, dass die Untersuchungsergebnisse derzeit die Frage aufwerfen, ob die Sanierung machbar ist oder ob ein Neubau kostengünstiger wäre. Die Klärung dieser Frage ist die Grundlage für weitere Planung und Ausschreibungsverfahren.

Auf die Frage von Herrn Schmoranzer zu den Mitteln für die Maßnahme M3 antwortet Herr Bischoff, dass es sich hier um die Abschlusszahlungen zur Abwicklung städtebaulicher Maßnahmen handelt.

Herr Schmoranzer meinte mit M3 allerdings eine Maßnahme älteren Datums, die den Rückbau teilversiegelter Flächen zwischen Schlachthof und Sportplatz Burgwerben zum Inhalt hatte. Das Dokument zur Klärung wird dem Protokoll beigelegt.

Frau Schlegel führt aus, dass die gering eingeplanten Maßnahmen zum Straßendeckenausbau zu einem erheblichen Unterhaltungsmangel der Gemeindestraßen führen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, die vorliegende Haushaltssatzung 2021 mit Haushaltsplan zu beschließen.

Abstimmung:

Stadträte:	dafür: 13	dagegen: 0	Enthaltung: 1
Sachkundige Einwohner:	dafür: 2	dagegen: 1	Enthaltung: 1

7. Grundsatzbeschluss B-Plan Nr. 3 Burgwerben

Herr Liebold erläutert, dass der derzeitige B-Plan nur die Nutzung einer Großbäckerei zulässt. Durch die umliegende Wohnbebauung gestaltet sich die Suche nach Interessenten für die gewerbliche Weiternutzung schwierig. Eine Nutzungsänderung ist nur über die Änderung des B-Plans möglich.

Er stellt den Plan eines Investors vor, der die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage plant. Der zustimmende Stadtratsbeschluss hätte zur Folge, dass ein Vertrag geschlossen werden kann, in dem sich der Investor zum Abriss der Großbäckerei verpflichtet. Nach 30jähriger Nutzung der Photovoltaikanlage würde ein Rückbau des Geländes erfolgen und die Stadt bekommt das Grundstück übereignet. Als Entschädigung zahlt die Stadt den derzeitigen Kaufpreis. Eine Wohnbebauung entsprechend dem Begehren des Ortschaftsrates Burgwerben ist auf dem Areal von 8 Hektar aufgrund der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung und dem bestehenden Wohnraumangebot nicht möglich.

Herr Papke möchte die in der Diskussion angesprochenen Anfragen an das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr und die dazugehörigen Antworten übermittelt bekommen, um die Ablehnung von Wohnbebauung zu verstehen.

Herr Bischoff zeigt auf, dass die Rückbaukosten der Großbäckerei im einstelligen Millionenbereich liegen und der bisherige Eigentümer am Verkauf an den genannten Investor interessiert ist, der den Abriss und Rückbau dann übernimmt. Wenn die Industrieruine stehenbleibt und der Eigentümer sich nicht darum kümmert, kommt die Stadt in absehbarer Zeit in die kostenintensive Verkehrssicherungspflicht.

Herr Patzschke ist auch an den Antworten des Ministeriums zur Ablehnung von Wohnbebauung interessiert.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels ein Planverfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans sowie der Änderung des Bebauungsplans Nr.3 der ehemaligen Gemeinde Burgwerben bzw. dessen Neuaufstellung zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage auf dem Gelände der ehemaligen Lieken Bäckerei einzuleiten. Voraussetzung dafür ist der Abschluss eines Vertrages, in dem nach einer Nutzungsdauer von 30 Jahren der Stadt die Möglichkeit zum Erwerb an der Fläche eingeräumt wird.

Abstimmung:

Stadträte:	dafür: 0	dagegen: 12	Enthaltung: 2
Sachkundige Einwohner:	dafür: 0	dagegen: 4	Enthaltung: 0

8. Investprogramm Infrastruktur 2021

Herr Bischoff informiert, dass die Straßenbaumaßnahmen im öffentlichen Straßenraum als gemeinsame Maßnahmen mit beispielsweise der AöR oder den Stadtwerken durchgeführt werden, um einen optimalen Deckenschluss zu gewährleisten und die Straße nicht mehrfach zu öffnen.

Herr Hofmeister gibt die diffuse Sachlage im Breitbandausbau der Telekom zu bedenken und ist sicher, dass seitens der Telekom doch wieder spätere Straßenaufbrüche zu erwarten sind.

Auf die Frage zum Stand der Straße am Güterbahnhof antwortet Herr Bischoff, dass Fördermittel beantragt wurden, notwendige Grundstückskäufe geplant sind und die Einbeziehung der Ansprechpartner der Deutschen Bahn vorangetrieben wird.

Herr Risch teilt mit, dass der 2. Bauabschnitt beantragt ist. Inhalt sind Abriss und Rückbau von Freiflächen. Bike & Ride findet planmäßig im Bahnhofsgelände Berücksichtigung.

Herr Klitzschmüller bittet um die Einbeziehung der Stadträte in den Verlauf der Maßnahme. Dem schließt sich Herr Hofmeister an.

9. Beantwortung von Anfragen

Herr Hofmeister bezieht sich auf Beantwortungen seiner Anfragen, die schon länger zurückliegen.

Dies betrifft die Ampelphasen für Fußgänger in der Merseburger Straße, welche seiner Meinung nach zu kurz geschaltet sind. Neue Forschungsergebnisse liegen hierzu vor und sollten nunmehr doch zu einer Änderung der Phasen führen.

Für die Fortführung der Pflege der Ehrengräber sind Mittel im Haushalt einzustellen.

Die Ausstellung der Zeitkapsel für die Öffentlichkeit hat bisher noch nicht stattgefunden und Herr Hofmeister möchte wissen, ob es hierzu bereits Pläne gibt.

Herr Hofmeister informiert darüber, dass Autofahrer die Sperrlinien am Kreisel überfahren, um die Ein- und Ausfahrt Klimaparkplatz zu erreichen.

Herr Bischoff empfiehlt die Weiterleitung der Information an das Ordnungsamt zur Prüfung der Ordnungswidrigkeiten.

10. Mitteilungen und Anfragen

Herr Patzschke beruft sich auf die aktuelle Beschlusslage hinsichtlich der Verbrennungsrichtlinien. Es gibt Verbote im Stadtgebiet und in einigen Ortsteilen, Erlaubnisse dagegen in anderen Ortsteilen. Die nun vorgeschlagene Aufstellung von Containern zur Abholung von Astschnitt widerspricht der Beschlussfassung durch den Stadtrat. Wenn dieser Beschluss geändert werden soll, dann müssen die Stadträte dazu angehört werden und einen Beschluss fassen.

Frau Schlegel unterbreitet den Vorschlag, die kurzfristig entschiedene Containerphase in den Ortsteilen zu beobachten und die Ergebnisse im Stadtrat zu diskutieren.

Herr Papke macht am Beispiel der schwierigen Diskussion zum Ausbau Leipziger Straße deutlich, dass die übermittelten Unterlagen nicht immer wirksam unterstützend dargestellt sind. Die räumliche Vorstellung gestaltet sich oft schwierig für diejenigen, die nicht tagtäglich mit Planungsunterlagen zu tun haben.

Herr Bischoff verteidigt die bisher verständliche Verfahrensweise und den Umfang der Unterlagen. Hinsichtlich vereinfachter Darstellung wie etwa 3-D-Präsentationen sind Firmen kostenintensiv zu beauftragen.

Herr Wolter spricht die Fördermittelverwendung für Straßenbaumaßnahmen an. Bisher haben sich die an Straßenbaumaßnahmen kostenpflichtig Beteiligten für die verwendeten Materialien und Standards entschieden. Er schlägt vor, dass für die nunmehr von der Stadt finanzierten bzw. fördermittelgestützten Maßnahmen Eckpunkte und Standards festgelegt werden, um einheitliche Ergebnisse der Maßnahmen zu erzielen.

Herr Bischoff stellt klar, dass auch weiterhin Straßenbaumaßnahmen eigenfinanziert werden müssen, wenn es sich um Neuerschließungen handelt. Die Durchführung der förderfinanzierten Maßnahmen richtet sich nach Dringlichkeit der Maßnahmen und wird dann selbstverständlich entsprechend den notwendigen Standards durchgeführt.

Herr Wanzke lobt die Gestaltung des Rosalskyweges im Rahmen der Grünen Achse.

Frau Schlegel übergibt eine Anfrage zur Gestaltung des Novalisbrunnens und fragt, warum der Stadtentwicklungsausschuss nicht in die Entscheidung einbezogen wurde.

Beate Schlegel
Stellvertretende Vorsitzende

Heike Bechmann
Protokollführerin